

Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden"

Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass in der nächsten Wahlperiode eine grundlegende und die Kommunen entlastende Finanzreform beschlossen wird? Wenn ja, wie?

Was ich anbieten kann ist, dass sie eine Liste der Leistungen vorlegen. Hier wäre aufzuzählen, welche Leistung mit welchem Betrag zu Buche schlägt und wie viel davon von der gesetzgebenden Ebene tatsächlich wieder ersetzt wird. Ob es dann einer grundlegenden Finanzreform bedarf, oder schon eine parteienübergreifende Fraktion ausreichend ist, welche einen entsprechenden Druck auf Bund und Länder ausübt, wäre dann zu bewerten.

Grundsätzlich stehe ich auf dem Standpunkt, dass derjenige die Kosten trägt, die er auch durch seine Gesetzgebung verursacht. Das Konnexitätsprinzip wird viel zu oft außer Acht gelassen.

Wie gedenken sie bei der Verabschiedung aller künftigen Gesetze auf eine übergreifende Konnexität zu achten, um insbesondere weiteren Aufgabenübertragungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung entgegenzuwirken?

Es gab vor Jahren einmal die gute Idee, dass jeder Gesetzentwurf durch eine Expertenkommission geht, welche eine Begutachtung folgender Aspekte vornehmen sollte:

- Auswirkungen auf andere Bereiche, welche aus dem Gesetzestext nicht zu entnehmen sind.
- Folgenabschätzung dieser Auswirkungen.
- Tatsächlich entstehende Kosten von Gesetz und Nebenfolgen.
- Abschließende Bewertung des Gesetzentwurfes

Dieser aus meiner Sicht wünschenswerte Ansatz einer ganzheitlichen Betrachtung von Gesetzesvorhaben ist meines Wissens nie umgesetzt worden. Für die Einführung einer solchen Instanz auf allen parlamentarischen Ebenen werde ich werben. Die Bildung eines solchen unabhängigen Gremiums ist logische Voraussetzung, wenn man mehr Bürgerbeteiligung fordert. Dies wäre eine Grundlage für jeden Politiker als auch den Bürger, eine sachorientierte Entscheidung zu treffen. Wer dann für Gesetzesentwürfe wirbt, die nicht ausreichend finanziell unterlegt sind, wird auf mittelfristige Sicht auch politisch irrelevant. Es erschwert darüber hinaus auch die Durchsetzung gesellschaftlich unerwünschter Partikularinteressen.

Werden sie sich dafür einsetzen, dass der Bund die kommunalen Haushalte dauerhaft und nachhaltig durch die Beteiligung an den Kosten der sozialen Leistungen entlastet, insbesondere durch einen angemessenen Anteil an der Finanzierung der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII? Wenn ja, wie?

Langfristiges Ziel der Piratenpartei ist die Abschaffung dieses gesamten Regelwerks durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens. Auf kurz- und mittelfristige Sicht schwebt mir daher eine Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der Sachbearbeiter vor. So geht die Finanzierung von hunderten, de Facto leerstehender Wohnungen, auf die simple Tatsache zurück, dass ein Zusammenlegen von Lebensentwürfen die sofortige Kürzung des Grundanspruchs eines Erwachsenen zur Folge hat. Wenn der Sachbearbeiter also die Entscheidungsbefugnis bekommt

diese Minderung als Wohnzuschuss an die Bedarfsgemeinschaft zu zahlen, spart die Kommune im Gegenzug einige hundert Euro an Miet- und Nebenkosten pro Lebensgemeinschaft. Dazu kann dann der Kontrollapparat deutlich verringert werden und nebenbei werden Lebensgemeinschaften wieder attraktiver, in denen Heranwachsende wieder beide Rollenvorbilder vorgelebt bekommen. Mein Katalog entsprechender Effizienzsteigerungen im bestehenden System umfasst noch einige andere Punkte. Dies wird aber im Einzelfall einer der ersten Prüfaufträge an meine Mitarbeiter sein, wo da angesetzt werden muss. Insgesamt jedoch müssen wir weg von kreativer Statistik, hin zu ordnungsgemäßen Verwaltungshandeln. Eine Verwaltung, die nach eigenen Angaben 50% ihrer Prozesse verliert, ist eine Beleidigung meines professionellen Selbstverständnisses als Beamter.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Bund ein Sonderprogramm zur Mitfinanzierung in die Kommunale Infrastruktur (Schulgebäude, Straßen, Brücken, U-Bahn-Tunnel usw.) auflegt? Wenn ja, wie?

Einfachste Antwort darauf ist natürlich die Kassenlage des Bundes. Insgesamt ist das meiner Beobachtung allerdings mit Masse die Folge von Kurzfristigkeit in der Politik. Hier würde ich tatsächlich eher langfristige Investitionen anstreben. Der Outsourcingwahn der letzten Dekaden kann nicht mit einmaligen Geldspritzen bekämpft werden. Ich würde daher also eine mehrwegige Strategie verfolgen. Der anstehende und notwendigste Investitionsstau muss kurzfristig über Fremdmittel aufgefangen werden. Allerdings gehören gewisse Dienstleistungen und Infrastrukturen nun mal in öffentliche Hand und müssen daher auch entsprechend Instand gehalten werden. Daher wäre eine Eingliederung entsprechender Fähigkeiten in die Wirtschaftsbetriebe Duisburg notwendig und wünschenswert. Wenn dann noch gewährleistet wird, dass Personalauswahl nach Eignung und Befähigung erfolgt, anstatt politischer Zugehörigkeit, ist auch der öffentliche Dienst kostengünstig und effizient.